

Und die Menschenrechte?

China Verfolgung von Oppositionellen, Bspitzelung, Umerziehungslager: Der weltweit dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz ist eine Diktatur. Wie es hiesige Unternehmer und Christoph Blocher rechtfertigen, trotzdem dort Geschäfte zu machen.

Sandro Benini

Der Arbeitstag beginnt für Kurt Haerri mit einer überraschenden Begegnung. Vor wenigen Minuten, beim Betreten des Firmensitzes der Schindler Aufzüge AG in Ebikon, Kanton Luzern, hat er davon gesprochen, wie schwierig die chinesische Sprache sei, wie lange es dauere, bis ein Ausländer bei Vokalen die richtige Tonhöhe treffe. An der Kasse der Cafeteria steht eine junge Chinesin, die Haerri nie zuvor gesehen hat. Als er sie auf Chinesisch anspricht, wechselt die Mimik der Frau von Erstaunen zu Freude. «Man kann in China auch auf Englisch Geschäfte machen», sagt Haerri später. «Aber um das Vertrauen der Menschen zu gewinnen, sind Sprachkenntnisse wichtig. Ein Westler, der Chinesisch spricht oder sich zumindest bemüht, bezeugt Achtung vor der chinesischen Kultur.»

Kurt Haerri ist Vorstandsmitglied der Handelskammer Schweiz – China, die er von 2006 bis 2014 präsidierte. Er hat zehn Jahre als Manager in China gelebt. Als sich das Land unter dem Herrscher Deng Xiaoping in den 80er-Jahren ökonomisch öffnete, gehörte Schindler zu den ersten Firmen weltweit, die dort tätig wurden. Heute beschäftigt der Lifthersteller in China 11000 Angestellte. Kurt Haerri – markanter Kopf mit Haarkranz, Brille, Business-Look, bodenständiger Auftritt, direkte Sprache – sitzt mittlerweile an einem Cafeteria-Tischchen und spricht gut über China: die gigantische Dimension des Marktes, seine unglaubliche Dynamik. «Made in China» ist mittlerweile oft auf Weltklasseniveau, und in vielen Bereichen sind die Chinesen an uns vorbeigezogen», sagt Haerri. Für die Bauzulieferungsindustrie sei das Land enorm wichtig, weil sein globaler Anteil an der Neubautätigkeit 60 Prozent betrage.

Bedeutsam ist China auch für Schweizer Unternehmen aus anderen Branchen: Maschinenbau, Chemie und Pharma, Elektronik, Computertechnologie, Uhren und Präzisionsinstrumente. China ist der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz, nach der Europäischen Union und den USA. «In den letzten Jahren hat sich der bilaterale Handel zwischen der Schweiz und China ausserordentlich rasant und dynamischer als der grosse Rest des Schweizer Aussenhandels entwickelt», schreibt das Staatssekretariat für Wirtschaft. Das 2014 zwischen der Schweiz und China geschlossene Freihandelsabkommen hat dies begünstigt.

Verfolgt und verurteilt

Aber was ist mit der Diktatur? Mit den Menschenrechten? Der seit 2013 regierende Präsident Xi Jinping hat die Hoffnung, China werde sich auch politisch öffnen, zunichtegemacht. Zivilgesellschaft, Gewaltentrennung, unabhängige Justiz, freie Medien – alles, was einen demokratischen Staat ausmacht, ist Xi Jinping verhasst. Die Kommunistische Partei missbraucht die Digitalisierung, um ein System kollektiver Überwachung und Bestrafung zu errichten, ähnlich den Horrordisvisionen in George Orwells Roman «1984». Oppositionelle, Menschenrechtsanwälte, regimiekritische Künstlerinnen und Internetaktivisten werden verfolgt, verurteilt, eingesperrt.

Im Gebiet Xinjiang im Nordwesten Chinas hält das Regime laut UNO eine Million Personen, die zur turksprachigen Minderheit der Uiguren gehören, in Umerziehungslagern fest. Chinas Regierung droht demonstrierenden Studenten in Hongkong mit einem Militäreinsatz. Das internationale Infrastruktur- und Investitionsprojekt Neue Seidenstrasse steht im Verdacht, einer



In der nordwestlichen Provinz Xinjiang geht Peking gezielt gegen Uiguren vor: Polizisten auf Patrouille in der Stadt Kaxgar. Foto: Kevin Frayer (Getty Images)

globalen politischen Expansionsstrategie zu folgen.

Kai Strittmatter, ehemaliger China-Korrespondent der «Süddeutschen Zeitung» und der Tamedia-Redaktion, ist einer der besten deutschsprachigen China-Kenner. In seinem Buch «Die Neuerfindung der Diktatur» schreibt er: «Die grösste Herausforderung für die Demokratien des Westens in den kommenden Jahrzehnten wird nicht Russland, es wird China sein.»

Stürzt dies Manager aus einer direkten Demokratie, aus dem Land des Roten Kreuzes, aus einer Nation, die Freiheit und Unabhängigkeit zu einem identitätsstiftenden Mythos erhoben hat, in ein ethisches Dilemma?

Jemand, den man das fragen möchte, ist Christoph Blocher. In einem Telefongespräch schildert der frühere SVP-Bundesrat, wie er als damaliger Besitzer der Ems-Chemie schon in den 80er-Jahren in China Fabriken zur Her-

stellung von Synthesefasern errichtete, insgesamt 117 Werkstätten bis 2003. Er sei über dreissigmal nach China gereist. Ja, politisch herrsche noch immer eine kommunistische Diktatur. «Aber es ist nicht die Aufgabe eines Unternehmers, ein Land politisch zu beeinflussen. Es geht um Geschäftsbeziehungen», sagt Blocher. Es gehöre zu seinen Grundsätzen, bei Verhandlungen im Ausland nie über Politik oder Religion zu sprechen. «Fest steht: Es geht den Chinesen heute viel besser als vor vierzig Jahren. Sie haben auch politisch mehr Freiheiten als damals. Westliche Unternehmen können die Zustände verbessern, indem sie mit China Geschäftsbeziehungen unterhalten.» Sich an die Sitten anzupassen, sei unvermeidlich. «Aber wenn man sein Auftreten den Sitten anpasst, heisst das nicht, dass man auch seine Gesinnung anpasst», sagt Blocher. Eine direkte militärische Bedrohung stelle China für den Westen nicht dar. Es sei

chere sein Territorium entschlossen, sei aber nie kolonialistisch aufgetreten.

Kurt Haerri argumentiert ähnlich. «Es ist eine arrogante Illusion des Westens, zu glauben, nur unser System mache die Menschen glücklich», sagt er. Persönlich habe er nie Restriktionen oder Kontrollen erlebt, und am stabilen Rechtsumfeld, in dem Unternehmer in China Handel treiben, habe sich auch unter Xi Jinping nichts geändert. Die auf internationale Handelsstreitigkeiten spezialisierte Anwältin Clarisse von Wunschheim, die in China Schweizer Firmen vertritt, sagt: «Wir müssen unsere Werte im täglichen Business leben. Die Angestellten anständig behandeln, internationale Umweltstandards befolgen.» Beat Krähenmann, ein intensiv mit China beschäftigter Jurist beim Basler Pharmakonzern Roche, sagt: «Im Mittelpunkt unserer Anstrengungen in China steht der Patient, dem wir innovative Medikamente und diagnostische Tests zur Verfügung stellen wollen.»

Gutes tun im Kleinen, weil Forderungen im Grossen nicht nur illusorisch sind, sondern auch arrogant? Für Florian Wettstein, Professor für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen, heisst das, die eigene Verantwortung zu eng auszulegen. Er verweist auf UNO-Richtlinien, die 2011 verabschiedet wurden. Sie verpflichten Unternehmen, abzuklären, ob sie sich direkt oder indirekt an Menschenrechtsverletzungen beteiligen. «Das ist bei einer Firma der Fall, die Materialien zur Errichtung eines Internierungslagers liefert», sagt Wettstein. «Oder Software, die das Regime zur Überwachung von Oppositionellen einsetzt.» Darauf antwortet von Wunschheim: «Das ist nachvollziehbar, aber akademisch. Wie weit muss ein Unternehmen sich im Voraus über den Endzweck seiner Produkte informieren? Wie viel kostet das, wie viel Zeit nimmt es in Anspruch? Und was ist, wenn es keine klaren Antworten gibt?»

Kurt Haerri ist überzeugt, der ökonomische Aufschwung Chinas wäre in einer direkten Demokratie so gar nicht möglich gewesen. Zumindest nicht so schnell. «Die Chinesen denken anders, die Chinesen funktionieren anders. China hatte in seiner Geschichte wäh-

rend Jahrhunderten ein dynastisches, hierarchisches System. Das gehört zur kulturellen DNA des Landes. China muss ein eigenes Modell finden, und es wird wohl kaum ein liberal-demokratisches sein. Wir müssen das akzeptieren.»

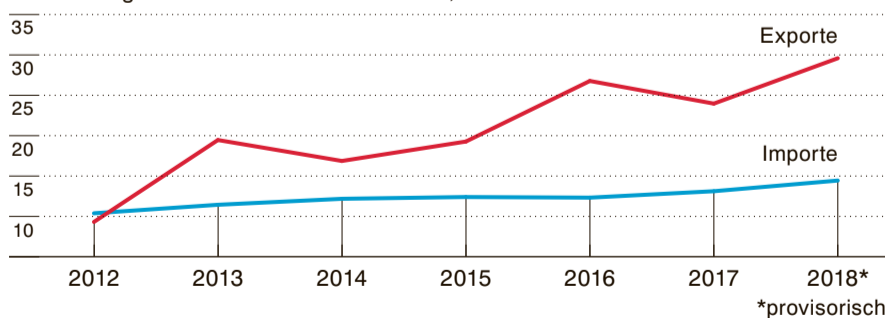
Konfrontiert mit dieser Meinung, wird der Sachbuchautor Strittmatter energisch. «Das ist völliger Quatsch. Das sind philosophisch aufgemotzte Rechtfertigungen aus dem Handbuch der Propaganda Pekings, mit denen westliche Unternehmer zu entschuldigen versuchen, dass sie sich bisweilen zu nützlichen Idioten der Kommunistischen Partei machen lassen.» Wie sehr Chinesen zur Demokratie fähig seien, wie gut sich ein demokratisches System auch in Asien mit Dynamik, Kapitalismus, Marktwirtschaft vereinbaren lasse, das sehe man in Hongkong und Taiwan. «Und das sind gerade jene Chinesinnen und Chinesen, deren kulturelle Verbindung zur Vergangenheit nicht durch den Kommunismus gekappt wurden.» Ehrlich wäre es, sagt Strittmatter, wenn westliche Firmen zugeben würden: Wir können auf einen derart wichtigen Markt nicht verzichten. Alles andere ist für uns zweitrangig.

Ohne China geht es nicht

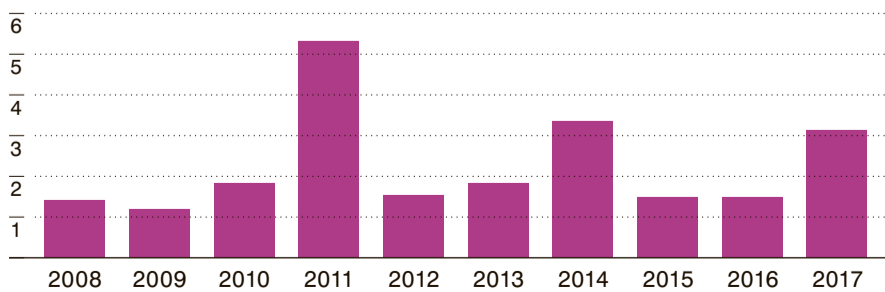
Gibt es rote Linien? Ethikprofessor Wettstein sagt, wenn ein Unternehmen nicht ausschliessen könne, sich an Menschenrechtsverletzungen zu beteiligen, müsse es sich im Extremfall aus China zurückziehen. «Die ganze Bude wegen der Regierung schliessen und unschuldige Angestellte auf die Strasse stellen – das wäre auch ein ethisches Problem», entgegnet Clarisse von Wunschheim. Selbst wenn es ein Massaker an Hongkonger Studenten gäbe – keine rote Linie? Der 28-jährige Oriol Saludes leitet das Schweizer Start-up Kemiex, eine Onlinehandelsplattform für pharmazeutische Wirkstoffe. Er betont, dass die Wirkstoffe vieler Medikamente in China hergestellt werden. Nach einem Rückzug grosser Pharmaunternehmen wären sie schlicht nicht mehr erhältlich. «Was ist für die Schweizer Bevölkerung wohl schlimmer: ein chinesischer Militäreinsatz in Hongkong – oder keine Medikamente in unseren Apotheken?»

Die Schweiz und China

Entwicklung des bilateralen Warenhandels, in Milliarden Franken



Schweizerische Direktinvestitionen in China, in Milliarden Franken



Die Schweizer Botschaft in Peking schätzt die Zahl Schweizer Firmen und ihrer Niederlassungen in China auf 850 bis 1000. Diese beschäftigen zusammen rund 178000 Personen.

Grafik: niz/Quelle: Seco